

## Menschenrechte

# Umweltflüchtlinge ohne Schutz

Eine Ergänzung des internationalen Flüchtlingsrechts ist notwendig

**Das geltende Recht für Flüchtlinge zeigt große Lücken. Für neue Formen erzwungener Migration gibt es derzeit keine Regeln zum Schutz der Betroffenen. Hier gilt es, vorhandene Konventionen kreativ für Umweltflüchtlinge zu nutzen. Die Regierungen müssen gezwungen werden, sich endlich des Themas anzunehmen. ■ VON MAREI PELZER, PRO ASYL**

Wissenschaftliche Untersuchungen weisen seit über 20 Jahren darauf hin, dass Umweltschäden und Naturkatastrophen immer mehr Menschen dazu zwingen, ihr Zuhause zu verlassen. Nach UN-Schätzungen werden in den kommenden Jahren mehr als 50 Millionen Menschen aufgrund von Wüstenbildungen, Überschwemmungen oder anderen ökologischen Katastrophen ihre Heimat verlassen. Trotz der alarmierenden Ausweitung der Fluchtursachen ist eine ernstzunehmende Initiative zur völkerrechtlichen Anerkennung dieser erzwungenen Migrationsformen nicht erkennbar. Nur zaghaft hat sich eine Debatte unter Völkerrechtlern darüber entwickelt, ob es neuer Abkommen bedarf, um die Betroffenen als „Environmentally Displaced Persons“ (EDPs) zu schützen. Ein solches Abkommen würde eine sinnvolle Ergän-

zung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) bedeuten, um diese relativ neuen Formen erzwungener Migration anzuerkennen. Solange ein spezielles Abkommen zum Schutz von Umweltflüchtlingen fehlt, sollten bestehende völkerrechtliche Konventionen dahingehend überprüft werden, ob sie Lösungsansätze bieten. Flüchtlinge können sich in Europa auf die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) berufen. Was würde passieren, wenn ein Umweltflüchtling – zum Beispiel geflohen 2004 vor dem Tsunami in Indien – einen Antrag auf Schutz nach der GFK und der EMRK stellen würden?

## Genfer Flüchtlingskonvention

Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde 1951 geschaffen als Reaktion auf die Bar-

barerei des Nationalsozialismus und das Versagen der internationalen Weltgemeinschaft, den Verfolgten umfanglichen Schutz zu bieten. Im Zentrum der GFK steht die Definition des Flüchtlingsbegriffs. Ist eine Person demnach als „Flüchtling“ zu bezeichnen, so hat sie einen Rechtsanspruch darauf, nicht in den Verfolgerstaat abgeschoben zu werden. Erreicht sie die Grenze eines Aufnahmestaates, so darf sie nicht abgewiesen werden.


Als GFK-Flüchtlinge werden bei weitem nicht nur politische Oppositionelle oder Menschen, die aus rassistischen Gründen verfolgt werden, verstanden. Neben diesen Gründen werden auch religiös oder nationalistisch motivierte Verfolgungsgründe anerkannt. Geschlechtsspezifische Verfolgung ist zwar nicht ausdrücklich in der GFK aufgeführt, sie wird allerdings von der Rechtsprechung als Verfolgung wegen

# UNDISZIPLINIERT!


FORSCHUNG OHNE FACHGRENZEN

GAIA – ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN  
FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT

ist eine transdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaftler und  
Wissenschaftsinteressierte, die sich mit Hintergründen, Analysen  
und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen befassen.



Fordern Sie ein PROBE-ABO an! Infos unter [www.oekom.de/gaia](http://www.oekom.de/gaia)



„Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“ erfasst.

Für das Flüchtlingsrecht ist es also charakteristisch, dass eine Verfolgung aus diskriminierenden Motiven heraus erfolgt. Handelt es sich um eine „bestimmte soziale Gruppe“, so muss sie als diskriminierte Gruppe aus der übrigen Bevölkerung herausstechen und besondere Nachteile erfahren. Wendet man dieses Erfordernis auf die Umweltflüchtlinge an, heißt dies: Wirken sich Naturkatastrophen auf alle Anwohner einer Region aus, so spricht dies gegen eine Anwendung der GFK. Es fehlt der diskriminierende Charakter der Umweltzerstörung. Von dieser grundsätzlichen Einordnung sind allerdings auch Ausnahmen denkbar. Wenn nämlich bei Naturkatastrophen nur bestimmten Bevölkerungsgruppen von Staats wegen Schutz oder Hilfen gewährt werden und anderen nicht, so kann dieses staatliche Verhalten durchaus eine Verfolgung im Sinne der GFK darstellen.

### Beispiel Tsunami-Flüchtling

Das hypothetische Beispiel des indischen Staatsangehörigen, der 2004 vor dem Tsunami geflohen ist und einen Asylantrag in Europa stellt, kann hierfür ein Beispiel bieten. Denn zahlreiche Hilfsorganisationen berichteten nach dem Tsunami 2004, dass in Indien Angehörige der Dalit, der Kaste der „Unberührbaren“, durch den indischen Staat weniger Hilfe bekamen oder ganz von Hilfsleistungen ausgeschlossen wurden. Gleichzeitig erhielten Fischergemeinden höherstehender Kasten Hilfsleistungen. Bestimmte Bevölkerungsteile wurden also auf diskriminierende Weise von staatlichen Hilfsmaßnahmen ausgeschlossen. Im Sinne der GFK stellen die Angehörigen der Dalit eine bestimmte soziale Gruppe dar. Die unterlassene oder mangelhafte Hilfeleistung kann völkerrechtlich als Verfolgungshandlung gewertet werden.

Theoretisch könnte die GFK also auch für Umweltflüchtlinge in speziellen Konstellationen fruchtbar gemacht werden. Keine Ansätze bietet sie allerdings, wenn die Flucht die unmittelbare Reaktion auf eine Naturkatastrophe darstellt. Fliehen

alle AnwohnerInnen einer Region vor Überschwemmungen oder Erdbeben in ein anderes Land, so haben sie keine Chance auf Anerkennung als Flüchtlingen im Sinne der GFK.

### Europäische Menschenrechtskonvention

Ebenso wie die GFK bietet auch die Europäische Menschenrechtskonvention einen Schutz vor Abschiebung, wenn dem Betroffenen die Verletzung bestimmter Menschenrechte im Herkunftsland drohen. Anders als die GFK fragt die EMRK allerdings nicht nach einem diskriminierenden Verhalten des Staates. Für Umwelt-

„Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“

Elie Wiesel, Friedensnobelpreisträger

flüchtlinge, bei denen der Nachweis einer unterschiedlichen Behandlung in der Regel schwerfällt, ist dies erst einmal von Vorteil. Allerdings wird ein menschenrechtlicher Abschiebungsschutz nur bei besonders gravierenden Eingriffen gewährt: Die EMRK bietet Schutz bei drohender Folter sowie unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung (Artikel 3) und bei schwerwiegenden Verletzungen anderer EMRK-Rechte.

Rechtlich wäre es durchaus vertretbar, die Zerstörung der Lebensgrundlage als unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zu bewerten. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte zwar bislang noch in keinem Fall einen solchen Sachverhalt zu beurteilen. Allerdings kann man Parallelen ziehen zu den Urteilen, in denen es um die Vernichtung ganzer Dörfer durch staatliche Sicherheitskräfte ging. Vergleichbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben umweltbedingte Zerstörungen. Neben diesem Ansatz wäre es ebenfalls denkbar, die aus den Naturkatastrophen folgenden Gesund-

heitsgefährdungen als Anknüpfungspunkt für den Schutzanspruch zu nehmen. Nicht ausgeschlossen wäre außerdem, die Rechtsprechung zum Schutz der Privatsphäre (Artikel 8) auf die Situation einer zerstörten Umwelt zu übertragen.

Diese Hinweise sollen verdeutlichen, dass das Flüchtlingsrecht und die europäischen Menschenrechte sich kreativ für Umweltflüchtlinge fruchtbar machen lassen könnten. Dass dies in der Praxis heutzutage jedoch nicht geschieht, ist gleichzeitig Symptom für die Schwäche dieser Strategie. Die rechtlichen Argumente sind kompliziert, da weder GFK noch EMRK ausdrücklich die Folgen von Umweltzerstörung als Menschenrechtsverletzung anerkennen. Die GFK ist zugleich wegen ihrer einschränkenden Diskriminierungsmerkmale oftmals nicht passend für Umweltflüchtlinge.

### Umweltflüchtlinge sind meist Binnenflüchtlinge

Ein weiterer Grund dafür, dass Umweltflüchtlinge keinen internationalen Schutzstatus erhalten, ist der Umstand, dass sie sehr häufig die Grenze ihres Landes nicht überschreiten. Sie sind Binnenflüchtlinge, bei denen ein rechtlicher Schutz durch die internationale Staatengemeinschaft nicht gewährleistet wird. Eine Ausweitung des internationalen Schutzes auf Binnenflüchtlinge wäre deswegen notwendig.

Festzuhalten bleibt also: Die internationale Staatengemeinschaft sollte anerkennen, dass es jenseits der Flüchtlingsdefinition der GFK neue Formen der erzwungenen Migration gibt. Dafür und um die betroffenen Menschen mit individuellen Rechten auszustatten, bedarf es einer neuen internationalen Konvention zum Schutz von Umweltflüchtlingen.

Die Juristin Marei Pelzer ist rechtspolitische Referentin

bei der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl in Frankfurt am Main.

Kontakt:

Tel. +49 (0)69 / 230688

E-Mail: mp@proasyl.de

www.proasyl.de



## Europäische Außenpolitik

# Klimaflüchtlinge als „Sicherheitsproblem“

Nicht den Ursachen des Klimawandels sagt Europa den Kampf an, sondern seinen Folgen

**Die Klimakatastrophe wird viele Millionen Menschen in die Flucht treiben. Die EU-Kommission warnt in einem Bericht vor „wachsendem Migrationsdruck“, was auf eine weitere Militarisierung der südlichen Grenzen hindeutet. Kein Thema sind dagegen die Gründe für die Klimakrise und die Verantwortung der Industrieländer. ■ VON WOLFGANG POMREHN**

„Die Risiken des Klimawandels sind real und seine ersten Auswirkungen sind bereits festzustellen.“ Mit diesen nüchternen, aber aufrüttelnden Worten beginnt ein Bericht, der Anfang März 2008 von der EU-Kommission vorgelegt wurde. Doch wer erwarten würde, dass nach dieser alarmierenden Warnung die europäische Automobilindustrie mit ihren überdimensionierten Spritschleudern an die Kandare genommen oder ein sofortiger Baustopp für neue Kohlekraftwerke gefordert würde, der sollte zunächst nach dem Autor fragen. Das Papier wurde nämlich nicht unter der Ägide des Umweltkommissars Stavros Dimas verfasst. Es stammt vielmehr aus dem Hause des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union, Javier Solana, und für den ist der Klimawandel vor allem ein „Sicherheitsproblem“.

## Nahrungsmittelknappheit und Ressourcenkonflikte

„Es ist wichtig festzustellen“, heißt es in dem Solana-Papier, „dass die Risiken (des Klimawandels) nicht nur humanitärer Natur sind, sie schließen auch politische und Sicherheitsrisiken ein, die direkte Auswirkungen auf europäische Interessen haben.“ Von den ersteren ist im weiteren nur hier und da in sehr allgemeiner Form die Rede, etwa wenn erwähnt wird, dass das Erreichen der UN-Millenniumsziele durch den Klimawandel erschwert, wenn nicht gar unmöglich wird. Diese Ziele hatte die UNO im Jahre 2000 auf einer viel beachteten Generalversammlung verabschiedet. Sie enthalten konkrete Zielvorgaben zur Bekämpfung von Armut und Hunger sowie zur Verbesserung von Grundbil-

dung, Wasserversorgung und Ähnlichem. Detaillierter und ausführlicher wird das Papier hingegen, wo es um diese „europäischen Interessen“ geht. Anders ist es wohl auch nicht von Solana zu erwarten, der einst als Nato-Generalsekretär für den Jugoslawienkrieg mitverantwortlich war. Ausdrücklich wird vor wachsenden internationalen Spannungen aufgrund von Nahrungsmittelknappheit und Ressourcenkonkurrenz gewarnt, und die Antwort darauf hat aus Sicht der EU-Kommission zumeist auch eine militärische Komponente.

Das ist besonders alarmierend, wo es um die Aufteilung der Ansprüche in der Arktis geht. Dort haben alle Anrainer mit ihren jeweiligen Nachbarn Grenzstreitigkeiten, auch zum Beispiel das EU-Mitglied Dänemark mit Kanada. Bisher spielten diese keine nennenswerte Rolle, aber das wird sich in den nächsten Jahren ändern, wenn das Meereis weiter zurückgeht und die vermutlich reichen Erdöllagerstätten vor den Küsten Sibiriens und Nordamerikas zugänglich werden.

## Gefahren ausführlich beschrieben, Ursachen verdrängt

Bemerkenswert ist, dass das Papier relativ ausführlich und konkret die Gefahren beschreibt, die vor allem den ärmeren Ländern in Afrika, der Karibik und in weiten Teilen Asiens drohen. So wird der ganze Mittelmeerraum zum Beispiel unter erheblicher Verknappung der Süßwasservorräte zu leiden haben. Je länger mit der Reduktion der Treibhausgasemissionen gewartet wird, desto schwerwiegender wird der Wassermangel werden – ein Zusammenhang, den das Solana-Papier allerdings

nicht erwähnt. In den meisten Staaten sind Städte und Dörfer an den Küsten durch den steigenden Meeresspiegel in Gefahr, und das ist alles andere als eine Kleinigkeit: Ein Fünftel der Menschheit lebt in den Küstenregionen und manche sind, wie das Nildelta oder das Mündungsgebiet des Ganges in Bangladesch, gefährlich niedrig. Einigen Inselstaaten droht gar der vollständige Untergang.

## Überfüllte Haftanstalten in Nordafrika

Das Kommissionspapier weist auf all das richtigerweise hin, fragt jedoch nicht nach der Verantwortung, stellt zum Beispiel nicht die Frage, wer die Klimaflüchtlinge aufnehmen soll, wer den Bürgern der Inselstaaten einen Ersatz für ihr verlorenes Territorium gibt. Stattdessen ist vom „wachsenden Migrationsdruck“ auf Europa die Rede. An der aktuellen Anti-Flüchtlingspolitik der europäischen Regierungen lässt sich ohne weiteres ablesen, welche Antworten Solana und der Kommission vorschweben: Weitere Militarisierung der südlichen Grenzen, Ausbau der Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten, damit diese, wie zum Beispiel Libyen, den Europäern die Drecksarbeit abnehmen.

Die internationale Organisation „Fortress Europe“, die seit Jahren gegen die mörderischen Zustände an den EU-Außengrenzen Sturm läuft, hat im November 2007 einen Bericht über Haftanstalten für Migranten in Libyen erstellt. 20 davon gebe es, drei davon finanziert mit italienischem Geld. Die Inhaftierten würden entweder im Land aufgegriffen oder aus EU-Staaten nach Libyen abgeschoben. Die Autorinnen und Autoren zitieren einen ehemaligen Insassen des Gefängnisses in Kufrah, das im

Südosten Libyens, tief in der Wüste, liegt: „Wir waren mindestens 700 – 100 Äthiopier, 200 Eritreer und 400 Sudanesen. Wir schliefen auf dem Boden, einer über dem anderen, weil es keinen Platz gab. Wir aßen einmal am Tag: 20 Gramm Reis und eine Brotstange, gegen Bezahlung.“ Die Zellen seien etwa 48 bis 50 Quadratmeter groß und mit 20 bis 78 Gefangenen belegt.

Zum Teil müssen die Insassen monatelang ohne Ausgang in diesen Löchern leben, die tagsüber unerträglich heiß und nachts oft empfindlich kalt sind, verseucht mit Krätze, Läuse und Tuberkulose. Aber das wird erst der Anfang sein, wenn die EU ihre Einwanderungspolitik nicht radi-

kal ändert und nicht für die Schäden aufkommt, die Europas Industrialisierung in Form des Klimawandels anderswo anrichtet.

### Vertrieben im eigenen Land – ohne Aussicht auf Hilfe

Die Hilfsorganisation Christian Aid schätzt in einem im Mai 2007 veröffentlichtem Bericht, dass bis 2050 eine Milliarde Menschen durch die Folgen der Klimaveränderungen zum Verlassen ihrer jeweiligen Heimat gezwungen werden könnte. Die meisten davon würden zu sogenannten Binnenflüchtlingen werden, und zwar in

Ländern, die nicht willens oder nicht in der Lage sind, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Welche dramatischen Ausmaße das selbst in einem der reichsten Staaten annehmen kann, konnte die Weltöffentlichkeit im August 2005 verfolgen, als der Hurrikan Katrina New Orleans traf. Die Mehrzahl der Katrina-Opfer lebt heute über verschiedene US-Bundesstaaten verstreut, und ihre Rückkehr scheitert nicht am Verlust von Landes, sondern an mangelnder Unterstützung. In anderen Fällen wird jedoch künftig definitiv Land verloren gehen und die betroffenen Staaten werden nicht mehr in der Lage sein, ihre Bürger anderweitig unterzubringen.

## Klimawandel stellt Katastrophenhilfe vor neue Aufgaben

Der Klimawandel verändert die gesamte humanitäre Hilfe. Darauf haben Caritas international und Diakonie Katastrophenhilfe auf einer gemeinsam veranstalteten Klimakonferenz „Klimawandel und Katastrophenvorsorge“ im vergangenen Februar hingewiesen. Die Häufigkeit und Intensität von klimabedingten Überschwemmungen, Dürren und Erdbeben nehme jährlich zu und habe sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt.

Die beiden christlichen Hilfswerke verständigten sich auf eine noch engere Zusammenarbeit. Durch Anpassung an den Klimawandel könnten Schäden verhindert werden. Besonders auf Nothilfeorganisationen wie die Diakonie Katastrophenhilfe und Caritas international, die bereits im Bereich der Katastrophenvorsorge aktiv seien, komme daher in Zukunft eine Schlüsselrolle zu. „Unsere Partner in den Entwicklungsländern fragen uns, was wir im Norden als Hauptverursacher des Klimawandels dafür tun, die Treibhausgase zu reduzieren und für die Schäden unseres Handelns aufzukommen“, erklärten Oliver Müller, Leiter von Caritas international, und Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin der Diakonie Katastrophenhilfe. „Es geht deshalb nicht mehr allein um Barmherzigkeit und Nächstenliebe, sondern auch um unsere Verpflichtung zur Schadensbegrenzung und um Gerechtigkeit,

das heißt um Kompensation für Schäden, die von uns verursacht worden sind.“ Die beiden Organisationen wollen in Zukunft auf fachlichwissenschaftlichem Gebiet eng zusammenarbeiten, gemeinsam Klimaschutz- und Klimapräventionsprojekte durchführen, gemeinsam Partnerschulen und sie zum gegenseitigen Austausch zusammenbringen. Angesichts der prognostizierten Zunahme von klimabedingten Katastrophen sei eine Bündelung der Kräfte wichtig, um der Größe der Herausforderung zu begegnen.

Die beiden Organisationen haben viel Erfahrung in der Katastrophenhilfe und -vorsorge. Sie verfügen in den vom Klimawandel bedrohten Regionen über ein Netz von Partnerorganisationen, deren Mitarbeitende in der Regel aus der lokalen Bevölkerung kommen, die Lebensumstände und Nöte der Menschen aus nächster Nähe kennen und am besten mit ihnen gemeinsam Art und Umfang der benötigten Hilfe bestimmen können. „Wir dürfen mit Maßnahmen der Katastrophenvorsorge nicht länger warten, wollen wir nicht Gefahr laufen, dass „es zu spät ist“, appellierten Füllkrug-Weitzel und Müller.

- ▶ [www.diakonie-katastrophenhilfe.de/tagung](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de/tagung)
- ▶ [www.caritas-international.de/klimakonferenz](http://www.caritas-international.de/klimakonferenz)

### Die Verursacher zur Kasse bitten

Zum Beispiel Bangladesch: Eine Greenpeace-Studie geht davon aus, dass aus den tiefliegenden, aber dicht besiedelten Küstenregionen 75 Millionen, rund die Hälfte der Einwohner des Landes, durch den Anstieg des Meeresspiegels und durch tropische Stürme vertrieben werden könnten. Diese würden wohl kaum in anderen Teilen Bangladeschs eine menschenwürdige Unterkunft finden und müssten in den Nachbarländern angesiedelt werden. Spannungen sind absehbar und werden nur dann im Rahmen gehalten werden können, wenn es gelingt, die in den Industriestaaten sitzenden Verursacher der Misere für die angerichteten Schäden zur Kasse zu bitten.

Erstabdruck in: Der Schlepper, Quartalsmagazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein, Nr. 43, Frühling 2008. Herausgeber: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Kiel, Tel. +49 (0)431 / 735000, Fax 736077, [www.frsh.de](http://www.frsh.de).

Wolfgang Pomrehn studierte Meteorologie und Geophysik. Er arbeitet als freier Journalist und Autor in Berlin, unter anderem bei [wir-klimaretter.de](http://wir-klimaretter.de). 2007 erschien von ihm „Heiße Zeiten. Wie der Klimawandel gestoppt werden kann“.

Kontakt:  
E-Mail:  
[wpomrehn@gaarden.de](mailto:wpomrehn@gaarden.de)  
[www.wolfgangpomrehn.de](http://www.wolfgangpomrehn.de)



## Europäische Fischereipolitik

# Fischern steht das Wasser bis zum Hals

Überfischung und Klimawandel gefährden die Existenz der KüstenbewohnerInnen Westafrikas

**Die Jagd nach Devisen gefährdet die Ernährungsgrundlage der Fischerdörfer an den westafrikanischen Küsten. Der Klimawandel beeinträchtigt zudem die Sicherheit auf See. Statt zum Fischen zu fahren, treten immer mehr Menschen mit ihren winzigen Booten den lebensgefährlichen Fluchtweg nach Europa an. ■ VON BEATRICE GOREZ, CFFA**

Anfang 2008 erklärten UN-Offizielle, dass „die weltweit größten kommerziell genutzten Fischbestände innerhalb von Jahrzehnten zusammenbrechen könnten, wobei die globale Erwärmung die Auswirkungen von Verschmutzung und Überfischung noch verschlimmert.“ Einige Menschen müssen nicht so lange warten: Die vom Fischfang lebenden Gemeinden in den Entwicklungsländern zollen den Auswirkungen dieser Umweltveränderungen bereits jetzt ihren Tribut.

### Barcelona oder der Tod

In Europa gehören die Bilder von bunten, hölzernen Kanus, beladen mit Tausenden verzweifelten Männern, Frauen und Kindern, die hoffen, ihrem westafrikanischen Alptraum zu entkommen, zu den schmerzlichsten Bildern der letzten Jahre. Die Schande, nicht in der Lage zu sein die eigene Familie zu unterstützen, die Arbeitslosigkeit, fehlende Einnahmen und der Mangel an Nahrung treiben sie an. „Barca wala barsak“ ist ihr Motto – „Barcelona oder der Tod“ auf Wolof, einer Sprache, die vor allem in Senegal gesprochen wird. Tatsächlich haben viele bei dem Versuch, die Gewässer zwischen Afrika und Europa zu überqueren, den Tod gefunden.

Vom Fischfang lebende Menschen aus Westafrika sind sehr oft Beteiligte an der Migration<sup>(1)</sup>, entweder als Exilsuchende oder als Organisatoren dieser gefährlichen Reisen. Einer der Hauptgründe für ihre Flucht sind die schwindenden Fischbestände. Zu viele Fischer haben für zu lange Zeit Jagd auf zu wenig Fisch gemacht. Ende der 1980er Jahre trieb zudem eine Reihe von Dürren hungernde Menschen aus dem Inland südlich der Sahara auf der Suche

nach Nahrung und Arbeit bis an die Küsten. So bestehen in Senegal große Teile der Fischerdörfer aus diesen „Newcomern der 80er-Jahre“, die damals mit dem Fischfang begannen. Dies ist eine der Ursachen für den Boom des Fischereihandwerks, aber auch für immer stärkere Auswirkungen der Fischerei auf die Ressourcen.

Interessant ist, dass die Ankunft der Neuankömmlinge in den senegalesischen Fischerdörfern Ende der 80er Jahre mit der Unterzeichnung des ersten „Cash-for-Access“-Fischereiabkommens zwischen den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) und der Europäischen Union zusammenfiel. Das erste solche Abkommen wurde 1987 mit Senegal unterzeichnet und beinhaltete die Öffnung des Landes als Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) für europäische Flotten.

### „Boot aus der Hölle“

Seitdem stehen die westafrikanischen Gewässer von zwei Seiten unter Druck. Zum einen durch wachsende lokale Fischereihandwerksflotten und zum anderen durch industrielle Fangflotten aus Europa und Asien, die immer gieriger werden. Die meisten dieser ausländischen Flotten verwenden Fangpraktiken, die vom Standpunkt der Nachhaltigkeit aus fragwürdig sind, zum Beispiel Schleppnetze oder Monogarn-Kiemennetze. Das größte EU-Schiff, von den westafrikanischen Fischern „Boot aus der Hölle“ getauft, war 150 Meter lang und seine die Schleppnetze fingen mehr als 300 Tonnen Fisch pro Tag. Das ist mehr als viele lokale Boote in einem Jahr fangen könnten.

Der kombinierte Druck hat die Fischbestände zur Erschöpfung gebracht. Tradi-

tionelle Fischer finden immer weniger Arbeit, werden mittellos und sehen keine Alternative zur Flucht aus ihrer Heimat. Wüstenbildung an Land drängte Menschen in die Fischerei, Wüstenbildung im Meer treibt sie nun von dort weg.

### Devisen statt Ernährungssicherheit

Warum aber öffnen die Subsaharaländer weiter ihre Gewässer für ausländische Flotten, statt sie zu schützen und ihren wachsenden kleinen Fischereisektor zu regulieren, der eine Quelle für lokale Nahrungsmittel, Einnahmen und Arbeit für viele Menschen ist? Die Antwort: Devisen.

Seit mehr als zwanzig Jahren verkaufen die von Armut heimgesuchten Länder Fischereilizenzen an die EU und an asiatische Flotten, weil sie die staatlichen Einnahmen weiter steigern wollen. Mauretanien hat für das letzte EU-Fischereiabkommen 86 Millionen Euro pro Jahr erhalten. Das scheint für viele Entscheidungsträger die einfachste Methode, die dringend benötigten Devisen in das System zu bringen. Aber für diese kurzfristigen Vorteile zahlen die verwundbaren Fischerdörfer einen hohen Preis. Viele Menschen werden zur Migration gezwungen und die Ernährungssicherheit ist bedroht. Einst eine billige Proteinquelle für die Armen, werden die Fische auf den lokalen Märkten in Afrika immer teurer. Sogar die billigsten Sardinen sind nun ein Gericht für besondere Anlässe statt ein tägliches Grundnahrungsmittel.

Viele der arbeitssuchenden Fischer, die Westafrika verlassen haben, finden ironischerweise einen Arbeitsplatz auf den gleichen spanischen Trawlern, die ihnen letztlich die Lebensgrundlage geraubt haben.

2007 haben Spanien, Senegal und einige

andere afrikanische Länder ein Kooperationsabkommen zum Kampf gegen illegale Migration unterzeichnet. Es beinhaltet die Ausbildung von rund 3.000 Fischern für die Arbeit auf solchen EU-Industriebooten. Außerdem schließt die Vereinbarung das Angebot einer bestimmten Menge an Fanglizenzen für spanische Trawler ein, sodass diese in den bereits überfischten Gewässern weiter Fischfang betreiben können. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Vereinbarung langfristig die Ursache für die illegale Migration nach Europa – die übermäßige Ausbeutung der afrikanischen Meeresressourcen – beheben kann.

### Klimaschock nur eine Frage der Zeit

In einer Situation, in der die meisten Fischbestände der afrikanischen Küstenstaaten mehr als ausgeschöpft sind und der Löwen-

anteil der Fänge von ausländischen Flotten gemacht wird, werden die Auswirkungen des Klimawandels für die Küstenbevölkerung bald stark spürbar sein. Die Veränderungen haben schon begonnen: Die Fischer sind auf der Suche nach Fisch gezwungen mit ihren Pirogen immer weiter aufs Meer hinauszufahren. Viele der für die Küstenschifffahrt gebauten Pirogen fischen jetzt bis zu 200 Seemeilen weit von der Küste entfernt, wo sie sehr anfällig für Unfälle sind. Die steigenden Wassertemperaturen wirken sich auf die Strömungen und die Windstärke aus. In Guinea haben Fischer festgestellt, dass die Winde und Gezeiten immer stärker werden und die Sicherheit beim Fischfang beeinträchtigen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Klimawandel Auswirkungen auf das Leben der Fischer haben wird. Aber der auch durch die EU-Seefahrzeuge herbeigeführ-

te Raubbau an den Ressourcen, von denen ihre Lebensgrundlagen abhängen, vergrößert die Intensität, mit der sie den Schock spüren werden.

### Anmerkungen

► (1) Niasse, M. L. (2007): L'Europe ou la mort. Les pêcheurs et l'émigration au Sénégal.  
[www.peche-dev.org/pages/publications.html](http://www.peche-dev.org/pages/publications.html)

Aus dem Englischen übersetzt von Katja Jüngling.

Die Biologin Béatrice Gorez arbeitet seit 15 Jahren für die Vereinigung für Faire Fischereiabkommen (CFFA) in Brüssel.

Kontakt:  
Tel. +32 (0)2 / 6525201  
E-Mail: [cffa.cape@scarlet.be](mailto:cffa.cape@scarlet.be)  
[www.cape-cffa.org](http://www.cape-cffa.org)



## Nahrungsmittelversorgung

# Der Klimawandel leert die Teller

Subsistenz- und Kleinbauern im Süden sind von der Klimakatastrophe direkt bedroht

**Der Klimawandel kommt und heimatlose Eisbären haben unsere Sympathie. Weniger Aufmerksamkeit bekommen Millionen Menschen in Entwicklungsländern, die ihre Ernährungsgrundlage verlieren. Etwa in Bangladesch und Mosambik, wo die meisten Menschen in küstennahen Gebieten leben und von der Landwirtschaft abhängig sind. ■ VON TOBIAS BAUER**

Der Klimawandel beherrscht die öffentliche Debatte: Schmelzende Gletscher, heimatlose Eisbären, der Beitrag des Menschen an der Veränderung der globalen Lebensgrundlagen. Eine drastische Konsequenz der globalen Erwärmung bleibt jedoch in vielen politischen Kommentaren unterbelichtet: Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen in den Entwicklungsländern, mithin die Ärmsten der Armen.

Am 28. März gab der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen bekannt, dass die Folgen der Erderwärmung das Recht auf Leben in Küstengebieten und anderen Regionen gefährdeten. Er berief sich unter anderem auf den Bericht des Weltklimarates IPCC, wonach die Ernten der vom Regen abhängigen Landwirtschaft bis 2020

um bis zu 50 Prozent sinken werden. Da die Welternährungsorganisation FAO davon ausgeht, dass 95 Prozent der Landwirtschaft in Afrika vom Regen abhängen, sind die Konsequenzen überdeutlich: Millionen Menschen werden durch den Klimawandel ihre Ernährungsgrundlage verlieren. Das erste der Millennium-Entwicklungsziele der UN, die Halbierung des Anteils der Hungernden in der Welt bis 2015, ist nicht zu erreichen. Zumindest nicht mit den derzeitigen Maßnahmen – auch nicht mit den Programmen, die seit Beginn der Welternährungskrise angeschoben wurden.

Die Halbierung des Hungers wäre schon ohne Klimawandel ein ehrgeiziges Ziel. Doch nun wird die landwirtschaftliche Produktion sinken, klimaabhängige Naturkatastrophen wie Überschwemmungen

und Wirbelstürme werden zunehmen und Beginn, Dauer und Häufigkeit des Nahrungsmittelanbaus werden sich verändern. Die Folgen sind eine Verringerung des Nahrungsangebots und die stärkere Verbreitung chronischen Hungers. Erste Entwicklungen in diese Richtung waren bereits zu beobachten. In Mauretanien, Senegal, Haiti und Burkina Faso gab es Unruhen, da sich die arme Mehrheit der Bevölkerung ihr Essen nicht mehr leisten kann.

Eine weitere Auswirkung des Klimawandels: Wegen des steigenden Anteils von Kohlendioxid in der Luft wachsen die Pflanzen zwar schneller, sind aber weniger proteinreich, sodass der Nährwert, etwa von Weizen, sinkt. Auch andere Effekte der globalen Erwärmung wie die Ausdehnung

des Verbreitungsgebiets der gefürchteten Tsetsefliege werden Konsequenzen für die Lebensweise und die Ernährung von Millionen Menschen in Afrika haben.

### **Böden sind nur an der Küste fruchtbar**

Besonders betroffen sind wegen ihrer schwachen sozioökonomischen Infrastruktur und geographischen Lage Länder wie Mosambik oder Bangladesch. Die Böden sind meist nur in der Nähe der Küste oder von Flüssen fruchtbar, darum lebt dort ein Großteil der Bevölkerung. Vier Fünftel der Mosambikaner leben auf dem Land und sind von der Landwirtschaft abhängig. Sie betreiben zum größten Teil Subsistenzwirtschaft, das heißt, sie bauen gerade genug Lebensmittel an, um sich selbst und ihre Familien zu ernähren. Und auch das nicht immer, wenn zu viel oder zu wenig Regen fällt. In solchen Regionen ist der Klimawandel besonders zu spüren: Schmelzende Polkappen führen zum Anstieg des Meeresspiegels, wodurch einige der fruchtbarsten Gebiete in Küstennähe wiederholt oder sogar dauerhaft überschwemmt werden.

Die Bewohner der Küste am Golf von Bengalen leiden bereits heute unter Überschwemmungen, wenn Wirbelstürme wie Sidr im November 2007 das Festland von Bangladesch mit Salzwasser überfluten. Eine der wahrscheinlichsten Folgen des Klimawandels, die weltweite Zunahme von Unwettern und Stürmen, hat hier besonders schlimme Auswirkungen. Studien zeigen, dass der Anstieg des Meeresspiegels Zehntausende Hektar Ackerland unbrauchbar machen kann – auch durch einen Anstieg des Salzgehalts im Boden. Nachdem Sidr mit den Sundarbans den besten Schutzschild der Küstenbewohner Bangladeschs weitgehend zerstört hat, sickert jetzt immer mehr Salzwasser in diesen Mangrovenwald und die dahinter liegenden Reisfelder ein.

In Mosambik ist dagegen besonders die Umgebung der Hafenstadt Beira gefährdet. Beira liegt sehr tief und hat schon jetzt mit Schäden an der Infrastruktur zu kämpfen. Das trifft auch die im Inneren des Kontinents gelegenen Länder, denn die zweitgrößte Stadt Mosambiks ist der wichtigste

Seehafen für die Nachbarstaaten Simbabwe und Malawi und einer der Hauptumschlagplätze für den Nahrungsmittel- und Import an der ostafrikanischen Küste.

Die küstenfernen Gebiete sind auch ganz direkt betroffen. In Südasien und dem Süden Afrikas werden Regenfälle insgesamt seltener, wodurch die Böden im Landesinneren trockener werden und Dürren öfter auftreten. Fällt dennoch Regen, dann aber viel mehr als früher, die Böden können die Feuchtigkeit nicht schnell genug aufnehmen, die großen Flüsse überschwemmen weite Regionen. Dabei kann die oberste, fruchtbarste Schicht des Bodens abgetragen werden, wodurch sich die Qualität des Ackerlandes stetig verschlechtert.

### **Hochwasser zwingt Tausende zur Flucht**

Die Folgen der Überschwemmung des Sambesi konnten in der vergangenen Regenzeit in Mosambik wieder einmal beobachtet werden: Tausende Menschen sind auf der Flucht, Hunderttausende verlieren ihre Lebensgrundlage, wissen nicht, wovon sie ihre Kinder bis zur nächsten Ernte ernähren sollen. Diesmal kamen die meisten noch glimpflich davon, da Hilfsorganisationen wie das UN World Food Programme ausreichend Mittel erhielten, um die notleidende Bevölkerung zu unterstützen. Doch wie lange wird das Geld reichen, wenn der Bedarf steigt? Die Hilfswerke befürchten bereits einen Rückgang der Zuwendungen im Zuge der Weltfinanzkrise.

Nicht zu vergessen: Auch die Preise für Nahrungsmittel steigen. So wurde Reis in Bangladesch allein 2007 um 70 Prozent teurer. Auch nach einer leichten Erholung in den letzten Monaten sind die Preise für Grundnahrungsmittel immer noch weit höher als vor einem Jahr. Ein Grund ist die wachsende Nachfrage nach Getreide und Fleisch in vielen asiatischen Ländern, besonders in China und Indien. Für die „Herstellung“ von Fleisch wird sehr viel Getreide als Viehfutter verbraucht. Während sich deutsche Verbraucher darum sorgen, ob sie sich noch jeden Tag Fleisch leisten können, müssen bedürftige Menschen in Entwicklungsländern auf billigere, nährstoffarme Nahrung ausweichen

oder schlicht die Zahl der Mahlzeiten reduzieren. Darunter auch viele Bauern: Rund zwei Drittel müssen Nahrungsmittel zukaufen.

### **Humanitäre Hilfe genügt nicht**

Verschärft wird diese Entwicklung durch stetig steigende Transportkosten sowie durch ein weiteres Problem: die zunehmende Verwendung von fruchtbaren Anbaugeländen und Nahrungsmitteln zur Produktion von Agrotreibstoffen wie „Biodiesel“. Nach dem Ende jahrzehntelanger subventionierter Überschussproduktion in der europäischen und US-amerikanischen Landwirtschaft wird nun, da die Zeit des Überflusses vorbei ist, verstärkt für die Energiebranche produziert: Die Erschöpfung fossiler Treibstoffreserven ist nicht mehr zu leugnen, Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen wie Getreide, Palmöl oder Jatropha werden als vielversprechende Alternative angeboten. Die Bereitstellung großer Flächen für den Anbau von Energiepflanzen etwa in Äthiopien oder Tansania bedeutet aber, dass Nahrungsmittel und Treibstoff miteinander in Konkurrenz treten. Das gilt auch, wenn Pflanzen wie Jatropha angebaut werden, die keine potenziellen Nahrungsmittel sind. Die Rechnung zahlen wieder die Armen im Süden: Die Menge an Mais, die für die Herstellung einer Tankfüllung eines Mittelklassewagens benötigt wird, kann einen Menschen ein Jahr lang ernähren. Studien zufolge ist allein der Biospritboom für etwa 30 Prozent des Preisanstiegs bei Grundnahrungsmitteln verantwortlich.

Zurück zum wohl größten Problem, das sich in Zukunft der Versorgung einer stetig wachsenden Weltbevölkerung mit gesunder Nahrung stellen wird, dem Klimawandel. Zur seiner Bewältigung müssen wichtige Aufgaben angepackt werden: Erstens muss die landwirtschaftliche Produktion in Regionen stattfinden, wo Nahrungsmittel dauerhaft und zuverlässig angebaut werden können. Bestehende Anbaugelände müssen mit deutlich verbesserten, ökologisch verträglichen Bewässerungssystemen ausgestattet werden; andere Gebiete müssen besser vor Überschwemmungen geschützt

werden. Zweitens muss die Verteilung der Nahrungsmittel viel besser organisiert werden. Wenn dauerhaft Millionen von Subsistenzbauern in Lateinamerika, Afrika und Asien wegen ausbleibender Regenfälle und fortschreitender Bodendegradation ihre Lebensgrundlage verlieren, wird humanitäre Hilfe allein kaum ausreichen. Nicht zu reden von den Bewohnern städtischer Gebiete, die sich ihr Essen wegen hoher Preise nicht mehr leisten können. Länder wie Bangladesch oder Mosambik, die schon heute große Probleme mit der Ernährung, Bildung und gesundheitlichen Betreuung ihrer Bevölkerung haben, stellt der Klimawandel vor fast unlösbare Aufgaben.

### Faire Handelsregeln für Nahrungsmittel

Hier müssen neue internationale Strukturen geschaffen werden. Frühwarnsysteme müssen aufgebaut, Nahrungsmittel- und Entwicklungshilfe aufgestockt und faire Welthandelsvereinbarungen geschlossen werden. Dazu gehört auch, den Bauern in Entwicklungsländern Zugang zu den Märkten zu ermöglichen, die ihnen bisher aufgrund einseitiger Handelsstrukturen, Subventionen für Landwirte in Europa und Nordamerika und eine schlechte Infrastruktur verschlossen blieben. Es gilt, Entwicklung und Anpassung an den Klimawandel miteinander zu vereinbaren. Eine faire Neuordnung der globalen Nahrungsmittelpolitik wird zu nachhaltiger Entwicklung führen, vor allem im oft vernachlässigten ländlichen Raum. Wenn ein solcher Prozess den Ärmsten der Armen in Bangladesch, Mosambik und anderen benachteiligten Ländern zugute kommt, hat der Klimawandel wenigstens auch eine positive Entwicklung ausgelöst.

Tobias Bauer arbeitet als freier Journalist in Berlin. Sein Beitrag erschien zuerst in „Wem gehört der Klimawandel?“, Sul serio 14/ Arranca 38 (2008).

Kontakt: E-Mail: bauer.tobias@yahoo.de



## Fluchtursache Klimawandel

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen António Guterres hat es schon vor einem Jahr deutlich gesagt: Die Welt wird in Zukunft neue und komplexere Formen von Flucht, Vertreibung und Migration erleben. Ohne eingreifende Maßnahmen werden Klimawandel, Umweltverschmutzung und Naturkatastrophen das Leben in vielen Teilen der Erde unmöglich machen und Ressourcenkonflikte heraufbeschwören.

Dabei gibt es Umweltflüchtlinge schon jetzt. Seit 20 Jahren weisen wissenschaftliche Studien darauf hin, dass sich hinter vielen Migrationsprozessen und Fluchtbewegungen auch massive ökologische Probleme verbergen. In Asylverfahren von Flüchtlingen werden diese jedoch bislang nicht als Fluchtgründe anerkannt:

Viele von den Folgen ökologischer Zerstörung Betroffene bleiben bislang in ihrer Herkunftsregion. Oft steht der Verlust der lokalen Lebensgrundlage am Beginn eines längeren Migrationsprozesses, der zunächst in die Metropolen des Herkunftslandes, dann erst in die Nachbarstaaten führt. Eher schemenhaft werden Umweltflüchtlinge bislang als die zu versorgenden Opfer akuter Katastrophen wahrgenommen, die nach kurzer medialer Aufmerksamkeit aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Erst durch die Beschleunigung des Verlustes der natürlichen Lebensgrundlage werden Umweltflüchtlinge immer häufiger sichtbar.

Migrationsexperten aus Bangladesch fordern die Vereinten Nationen und UNHCR auf, Pläne für den globalen Umgang mit umweltbedingter Migration zu entwickeln. Ein pragmatischer Experte aus Bangladesch schlägt vor, jedes Land solle sich um einen bestimmten Anteil der Klimaflüchtlinge kümmern und sie aufnehmen. Die Aufnahmequote sei von der – aktuellen und früheren – Menge der Treibhausgasemission des jeweiligen Landes abhängig zu machen.

Im Jahr 2007 hat der wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung ein umfassendes Gutachten mit dem Titel „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ vorgelegt. Es enthält dringliche Empfehlungen an die politischen Entscheidungsträger. Eine der zentralen Thesen: Der Klimawandel ver-

stärkt Mechanismen, die zu Unsicherheit und Gewalt führen. Wenn der Klimaschutz jetzt scheitert und die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2°C nicht möglich sei, werde sich die Politik auf klimabedingte Konflikte vorbereiten müssen.

Die Gutachter warnen, dass die umweltverursachte Migration nicht dauerhaft von der Politik ausgeblendet und zulasten der Betroffenen ignoriert werden dürfe. Sie stellen fest, dass bis heute weder spezifische Pflichten der Staaten in Bezug auf die Behandlung von Umweltflüchtlingen noch sonstige rechtliche Schutzmechanismen existieren, weil der geltende völkerrechtliche Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention auf sie keine Anwendung finde. Nötig sei eine die Rechtstellung von Umweltmigranten regelnde übergreifende Konvention.

Das allerdings setzt einen sehr schnellen Bewusstseinswandel voraus. Die Entwicklungsländer sind aufgrund ehemaliger und teilweise noch aktueller Abhängigkeiten nicht nur ökonomisch unterentwickelt, sondern auch ökologisch fehlentwickelt. Armut und wachsende Bevölkerung engen die Möglichkeiten einer Folgenbegrenzung ein. Die Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzflächen und die Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit sind in vielen Regionen der Welt bereits weit fortgeschritten. Die ländliche Selbstversorgungswirtschaft mit einer Vielfalt von Produkten ist oftmals zerstört. Die Folgen der Monokulturen sind längst sichtbar: Überdüngung, Zerstörung des Wasserhaushaltes, umweltbelastende Folgen der Agrochemie usw. Die Folgen der Umweltveränderung treffen diese Staaten weitaus dramatischer als es die Folgen von Naturkatastrophen je könnten. Die reichen Industriestaaten müssen sich zu ihrer Verantwortung bekennen und menschenrechtliche Instrumente initiieren, die die Umweltflüchtlinge schützen.

[Kommentar: Bernd Mesovic]

**Bernd Mesovic ist seit mehr als zwei Jahrzehnten mit Flüchtlingsthemen befasst. Er ist stellvertretender Geschäftsführer von Pro Asyl.**

Kontakt: Tel. +49 (0)69 / 230688  
E-Mail: proasyl@proasyl.de  
www.proasyl.de